

# INTERNATIONALE RUNDSCHAU

## Sozialistische Wirtschaft und Vollbeschäftigung — Jugoslawische Erfahrungen

Im vergangenen Frühjahr gingen wiederholt Nachrichten über eine zunehmende Arbeitslosigkeit in Jugoslawien und über das vermehrte Auftauchen von jugoslawischen Gastarbeitern in Österreich und anderen Ländern durch die Presse. Es fehlte dabei nicht an Kommentaren, die unterstrichen, wie wenig also auch eine sozialistische Wirtschaft entgegen allen propagandistischen Versicherungen das Entstehen von Arbeitslosigkeit ausschließe; und wenn wir chinesische oder albanische Zeitungen lesen könnten, würden wir dort vielleicht umgekehrt auf die Behauptung stoßen, daß das Auftreten von Arbeitslosigkeit die These Pekings vom nichtsozialistischen Charakter der jugoslawischen Gesellschaft beweise.

Die Tatsache an sich und die Kontroversen darüber schienen uns immerhin bedeutsam genug, um eine Balkanreise in Belgrad zu unterbrechen und das Phänomen einer auftretenden Arbeitslosigkeit dort mit kompetenten Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftsführern zu erörtern. Denn, das wurde uns sofort freimütig zugegeben, die Tatsache einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit (sie ist seither schon wieder stark abgeflaut) besteht. Als Ursache wurde uns genannt, daß die inzwischen durchgeführte Währungsreform mit den Auswirkungen ungünstiger Erntejahre zusammenfiel. Die Währungsreform hat Jugoslawiens Wirtschaft um so mehr vor schwierige Probleme gestellt, als die Hilfe des Internationalen Währungsfonds nur zögernd, in Raten und gesamthaft nicht in dem Umfang gegeben wurde, der für eine sichere und schmerzlose Operation erforderlich gewesen

wäre. Den Erfolg dieser Währungssanierung verspürten wir übrigens schon in Zürich, wo wir bei unserer Bank für Dinare genauso viel bezahlen mußten, wie bei den offiziellen Umwechslungsstellen in Jugoslawien selbst. Der schwarze Dinar der Schweizer Banken existiert nicht mehr, Jugoslawien hat heute das Stadium der Währungsehrlichkeit erreicht.

Jedoch erzwang die nicht einfache Operation eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion, die angesichts der agrarischen Mißernten dort besonders fühlbar wurde, wo die Industrie auf die Verarbeitung heimischer agrarischer Rohstoffe angewiesen ist. Das gilt besonders für gewisse Zweige der Textil-, Leder- und Konservenindustrie. Einen vermehrten Bezug ausländischer Rohstoffe ließ die Devisenknappheit um so weniger zu, als die schlechten Ernten auch den Export von Agrarerzeugnissen und die aus ihm resultierenden Devisenerlöse verminderten. Die Lücke in der Rohstoffversorgung nötigte zu teilweiser Einschränkung der Produktionsprogramme und setzte damit in gewissem Umfang Arbeitskräfte frei. Deren anderweitige Unterbringung durch die Transferierung von Arbeitern nach einem gleichwertigen Arbeitsplatz in einer anderen Stadt oder Region des Landes wurde durch die gespannten Wohnungs- und Transportverhältnisse erschwert; am gleichen Ort sind in Jugoslawien innerhalb desselben Wirtschaftszweiges meist nicht mehrere Betriebe vorhanden. Gerade die Textilindustrie ist über das ganze Land verstreut und ein Wechsel des Arbeitsplatzes ist da mit vielen Schwierigkeiten verbunden.

Einen noch viel stärkeren Druck auf den Arbeitsmarkt übte aber gleichzeitig die wachsende Landflucht aus. Sie ist nur zum Teil durch die zunehmende Mechanisierung in der Agrarwirtschaft bedingt und entspricht dem in allen Ländern zu beobachtenden Zug in die Stadt. Er vollzieht sich mit seinem Drang nach Arbeitsnahme in der Industrie in Jugoslawien in besonderer Form. Namentlich in Altserbien und Mazedonien und allen Gebieten, in denen der private bäuerliche Klein- und Mittelbetrieb noch eine bedeutende Rolle

spielt, erfolgt er so, daß ein Mitglied der Bauernfamilie, meist der Betriebsinhaber selbst, den Weg in die Stadt antritt und die Weiterführung des kleinen Bauernhofes der Frau, jüngeren Familienmitgliedern oder auch den Großeltern überläßt. Für den Bauern selbst bietet das manche Vorteile. Der Hof bleibt ihm erhalten, wirft einiges ab und sichert ihm eine Rückzugsposition, wenn er in der Stadt nicht zu Erfolg kommt. Gleichzeitig aber verliert so die Landwirtschaft in den Gebieten, wo die Mechanisierung noch weniger entwickelt ist, ihre kräftigsten Arme, die Industrie sieht sich einem Massenangebot von völlig ungelerten Arbeitskräften gegenüber und der Statistik wird die zur Erfassung des volkswirtschaftlichen Geschehens wichtige säuberliche Scheidung zwischen Stadt- und Landbevölkerung erschwert.

Diesem Zustrom von Bauern in die Stadt liegen keine eigentlich wirtschaftlichen Triebkräfte zugrunde. Denn die Bauern verdienen gut, was uns in allen Gesprächen immer wieder durchaus glaubhaft versichert wurde und wovon auch das Gesicht des serbischen Dorfes mit der rapiden Erneuerung aller Wohn- und Wirtschaftsbauten Zeugnis ablegt. Es sind das Prestige der Stadt und die Annehmlichkeiten des städtischen Lebens, die anlocken, ganz abgesehen davon, daß die zeitweise Arbeitsannahme in der Industrie oder der Bauwirtschaft als ungelernete Handlanger in weiten Gebieten Jugoslawiens schon seit Jahrzehnten bei den Bauern beliebt und früher oft ein Ausweg zur Minderung einer drückenden Notlage war.

Ungeachtet der verlangsamten Expansion der Industrie hat dieser Zustrom der Landbevölkerung ungemindert angehalten, ja die schlechten Ernten haben ihn sogar noch gesteigert, weil sie doch eine gewisse Zahl von Kleinbauern anreizten, sich wenigstens durch vorübergehende Gelegenheitsarbeit in der Stadt zusätzliche Einnahmen zu verschaffen. Das ergab nun zeitweise einen starken Druck auf den Arbeitsmarkt, vor allem im vergangenen Winter, nachdem die spätherbstlichen Arbeiten der Winteraussaat beendet waren. Die Zahlen, die uns in Belgrad gegeben wurden, machen den Anteil der Landflucht an der Arbeitslosigkeit deutlich. Im ersten Quartal 1963 waren in ganz Jugoslawien 311 000 Arbeitslose gemeldet, davon 270 000 ungelernete Arbeiter. Die Hälfte davon waren Frauen. Nur 85 000 Arbeitslose erhielten nach Prüfung ihrer Verhältnisse Arbeitslosenunterstützung, bei den übrigen handelte es sich um selbständige Bauern, die zur Rückkehr in ihr Heimatdorf aufgefordert wurden. Unter den wirklich gelernten und nicht nur angelernten Arbeitern gab es 15 000 Arbeitslose, wovon auf die eigentlichen Industriearbeiter nur 3200 fielen. Die Mehrheit aller Arbeitslosen, gelernten wie ungelerten,

stellte die Bauwirtschaft, da der ungewöhnlich harte Winter Arbeitseinschränkungen größeren Umfangs bewirkt hatte.

Im Augenblick ist die Expansionsrate der jugoslawischen Wirtschaft wieder befriedigend, wenn auch die von 1953 bis 1961 erreichte durchschnittliche Zahl zusätzlicher Beschäftigten in der Industrie (200 000 je Jahr, davon etwa die Hälfte ehemalige Bauern und Landarbeiter) noch nicht ganz wieder erreicht ist. Trotz der klimatischen Störungen in den Jahren 1961/62 war für 1963 kurz vor der Tragödie von Skopje mit einer Steigerung der gesamten Produktion von 14 vH im Vergleich zum Vorjahr gerechnet worden, doch ist wahrscheinlich, daß dieses günstige Ergebnis infolge der Erdbebenkatastrophe nicht voll erreicht wurde. Die Selbstverwaltung der Betriebe hat sich auch in der Krisenzeit bewährt, sie wird auch in Zukunft voll aufrechterhalten bleiben. Die in der neuen Verfassung festgelegte Herabsetzung der Normalarbeitszeit auf 42 Stunden je Woche (bisher 45 bis 48 Stunden) erleichtert die Zurückführung der gelernten Arbeiter unter den Arbeitslosen in die Betriebe.

Unsere Gespräche in Belgrad ergaben, daß die vorübergehende Arbeitslosigkeit in Jugoslawien nichts über die Wirtschaftsform des Landes aussagt, sondern einfach die Binsenwahrheit bestätigt, daß eine sich schnell, aber auf zu schmaler Kapitalbasis entwickelnde Wirtschaft, die wegen der Knappheit ihrer finanziellen Mittel noch keine ausreichenden Reserven bilden konnte, gegenüber Naturkatastrophen, Änderungen in der Weltmarktlage (Exportstörung durch die EWG) und nicht eigentlich wirtschaftlich begründeten, sondern im Sozialen wurzelnden Einflüssen eben erhöht empfindlich und dementsprechend der Gefahr von Störungen der Wirtschaft und damit auch der Vollbeschäftigung ausgesetzt ist. Gleichzeitig kann gesagt werden, daß Jugoslawiens Wirtschaftssystem die Fähigkeit zur schnellen Überwindung solcher krisenhaften Erscheinungen doch in viel höherem Maß bewährt hat, als dies bei den hochkapitalistischen Ländern anläßlich der großen Wirtschaftskrise von 1929 und den folgenden Jahren der Fall war und als dies auch heute für die USA mit ihrer von dortigen maßgebenden Persönlichkeiten festgestellten automationsbedingten „technologischen Arbeitslosigkeit“ gilt. *Walter Gyssling (Zürich)*

#### Ein neuer afrikanischer Gewerkschaftsverband

In der jüngsten Zeit wurde die internationale Gewerkschaftspolitik Afrikas wieder neu belebt. Vom 17. bis 19. Oktober 1963 trafen sich die Vertreter der beiden großen afrikanischen Dachverbände USPA und CSA in Dakar. Die USPA (Panafrikanische Gewerk-

Schaftsunion) war am 30. Mai 1961 in Casablanca gegründet worden. Der Verband hatte zwei Ziele: 1. die Trennung der afrikanischen Gewerkschaften von den internationalen Verbänden der Industrieländer, insbesondere vom IBFG. 2. Die Einheit der afrikanischen Arbeiterorganisationen sollte unter Vermeidung regionaler Zusammenschlüsse durch eine starke Zentrale durchgeführt werden. Wortführer dieser Politik waren die Gewerkschaften Marokkos, Algeriens und Guineas.

Dem widersetzte sich eine andere Gruppe unter Führung der Tunesier und Senegalesen. So wurde am 14. Januar 1962 in Dakar ein zweiter Gewerkschaftsbund, die CSA (Afrikanischer Gewerkschaftsbund), gegründet. Sie wollte Afrika in sieben Regionen aufgliedern, in denen die nationalen Gewerkschaftsverbände enger zusammenarbeiten sollten. Damit, so war man in der CSA überzeugt, könne die Basis für die gesamtafrikanische Gewerkschaftsorganisation gefestigt werden. Im Gegensatz zur USPA waren die Vertreter der CSA nicht geneigt, ihre Mitgliedschaft bei den internationalen Dachverbänden aufzugeben.

Inzwischen hat sich die Lage in Afrika geändert. Einerseits wollten nur noch wenige Afrikaner dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften grundsätzlich treu bleiben. Andererseits erwies es sich aber auch, daß die regionale Zusammenarbeit der afrikanischen Gewerkschaften Voraussetzung zur wirkungsvollen kontinentalen Gewerkschaftspolitik ist. So führte schon die politische Entwicklung zu natürlichen Kompromissen zwischen USPA und CSA.

Der Charakter afrikanischer Gewerkschaften erlaubt es ihnen, leichter als die politischen (Einheits-)Parteien Afrikas Wege zur internationalen Zusammenarbeit zu finden. Seit 1946 drängen besonders die Gewerkschaften in Zentralafrika auf eine gemeinsame übernationale Politik. Das stärkte auch ihre Position in der Innenpolitik. Im Laufe des Jahres 1963 konnten zentralafrikanische Gewerkschaften in drei Ländern die Politik wesentlich beeinflussen: Im Januar 1963 unterstützte die Gewerkschaft von *Togo* den Militärstreich, im August stürzte die Gewerkschaft von *Kongo-Brazzaville* den Expater *Fulbert Youlou* und unterstützte am 19. Dezember 1963 die Wahl des Gewerkschafters *Massemba-Debat* zum neuen Präsidenten der Republik. Im Oktober 1963 zwang die Gewerkschaft von *Dahomey* *Hubert Maga*, vom Amt des Ministerpräsidenten abzutreten.

Seit der Afrika-Konferenz in Addis Abeba (Mai 1963) gewann die gesamtafrikanische Gewerkschaftsbewegung wieder neuen Auftrieb. Bereits zwei Wochen nach der Konferenz boykottierten alle afrikanischen Gewerkschaften gemeinsam die 47. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf. Sie pro-

testierten damit gegen die Anwesenheit süd-afrikanischer und portugiesischer Vertreter. Zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung waren sich alle afrikanischen Gewerkschaften einig.

Die Initiative zur neuen organisatorischen Zusammenarbeit ging von dem marokkanischen Gewerkschaftsführer *Mahjoub Ben Seddik* aus. Er lud alle afrikanischen Gewerkschaftszentralen zu einem neuen Gespräch ein. Im Januar 1963 dachte er sogar daran, aus der USPA auszutreten, um damit die Einigung zu erleichtern. Vorgänge in der algerischen und tunesischen Gewerkschaft hielten ihn davon ab.

Zusammen mit dem tunesischen Präsidenten der CSA, *Ahmed Tili*, beschloß er im Oktober des vergangenen Jahres in Dakar, einen einzigen Dachverband der afrikanischen Gewerkschaften zu scharfen. Beide sind sich nun darin einig, daß der neue Verband unabhängig von allen internationalen Gewerkschaftsbünden sein soll. Zur Vorbereitung des neuen Verbandes wurde ein Komitee mit 14 Mitgliedern (7 USPA, 7 CSA) gebildet. Im April oder Mai soll der Gründungskongreß des neuen Einheitsverbandes stattfinden.

*Werner Plum*